# VAdM-Kurier

33. Ausgabe: April 2022
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

*Herzlich willkommen zur*

*33. Ausgabe unseres*
*„VAdM-Kuriers“*
*im April 2022*

**Liebe Landsleute,**
**Ein frohes, besinnliches und friedliches Osterfest in bester Gesundheit wünscht der VAdM-Vorstand**

**Inhalt:**


| | |
|---|---|
| editorial | Seite 1 |
| Größtmögliche Solidarität mit der Ukraine | Seite 2 |
| Bundesbeauftragter für deutsche Minderheiten wird ersetzt | Seite 3 |
| Versorgungskrise 2022 wie im Rumänien 1980 | Seite 3 |
| *Schwerpunktthema: Ukraine* | Seite 4 |
| JF-Forum: Ukraine und Rechte | Seite 4 |
| Sanktionen gegen Rußland | Seite 6 |
| „Krieg und Frieden“ | Seite 7 |
| Biden 1997: Konsequenzen einer Osterweiterung der NATO | Seite 8 |
| Öl und Gas wird zur Waffe | Seite 9 |
| Die Umsiedlung der Bessarabiendeutschen 1940 | Seite 11 |
| Reiseziel/Hoh(l)spiegel/Impressum | Seite 13 |

**editorial**

In wenigen Tagen feiert die Christenheit das höchste Fest im Jahr: Die Auferstehung Jesu.

Besonders im orthodoxen Ritus wird Ostern – es fällt dieses Jahr auf den 24. April – in tiefer Andacht begangen: So läuten die Kirchenglocken von Gründonnerstag Abend – während der Leidenszeit Jesu – bis in die Nacht zum Ostersonntag nicht. In manchen Regionen erinnern dann Tag und Nacht in dieser Zeit Holzklopfzeichen an die Leidenszeit des Erlösers.

Dieses Jahr schlägt der Ukrainekrieg einen mörderischen Schatten auf die Orthodoxie, zwei der wichtigsten orthodoxen Kirchen folgen ihren verwirrten Politikern und verblendeten Patriarchen und finden keinen Frieden.

In der westlichen Welt beginnen mit dem Gründonnerstag auch die so genannten Ostermärsche der Rüstungs- und Atomwaffengegner und erreichen Ostersonntag ihren Höhepunkt. Es ist zu hoffen, daß diesmal die Friedensrufe in Moskau und Kiew ankommen.

Nur eine Friedenskonferenz sowie eine *neue* Abrüstungsphase kann zu einem dauerhaften Frieden führen

*Vadim Derksen* *Herbert Karl*

## Aktualität

+++ Kommentar +++

### Martin Louis Schmidt und Michael Frisch (beide AfD): Größtmögliche Solidarität und Partnerschaft mit der Ukraine

„Wir begrüßen es als AfD-Fraktion sehr, dass konkrete Unterstützungen für Opfer des russischen Angriffskrieges in der Ukraine jetzt auch auf der Ebene der Regionalpartnerschaften abgewickelt werden“, erklärt der Kulturpolitiker Martin Louis Schmidt.

Wie die Landesregierung in der Sitzung des Kulturausschusses am 17. März auf einen AfD-Antrag hin mitgeteilt hat, werden aktuell konkrete, von rheinland-pfälzischen Feuerwehren gesammelte Hilfsgüter wie Schutzwesten über die polnische Partnerregion Oppeln vor Ort in die Westukraine gebracht. Die Woiwodschaft Oppeln unterhält seit Jahren auch eine Regionalpartnerschaft mit Iwano-Frankiwsk (dt. Stanislau) in Galizien.

Schmidt ergänzt: „Ebenfalls in der historischen Provinz Galizien liegt das Gebiet Lemberg (ukrain. Lwiw), mit dem wir uns, so die Zielrichtung des AfD-Kulturantrags, mittelfristig sehr gut eine regionale Partnerschaft vorstellen können. Vor allem, um die ukrainische Nation enger mit der Mitte und dem Westen unseres gemeinsamen Heimatkontinents zu verbinden, aber auch, weil es beachtenswerte Landesbezüge gibt.“

„In den 1780er Jahren wanderten zahlreiche Pfälzer in diesen Teil des Habsburgerreiches aus, und Rheinland-Pfalz bildete nach den Zwangsumsiedlungen von 1939 und den verheerenden Ereignissen des Zweiten Weltkriegs jahrzehntelang das organisatorische Zentrum der Galiziendeutschen. Im Institut für Pfälzische Geschichte und Volkskunde in Kaiserslautern wurden noch bis 2011 deren Sammlungsbestände aufbewahrt.“

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Michael Frisch betont: „Die Solidarität mit den Ukrainern, die tapfer ihr Land verteidigen, ist für meine Fraktion ein Herzensanliegen. Gleiches gilt für die von dort kommenden Kriegsflüchtlinge, denen wir Schutz gewähren sollten, bis sie wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Unsere besondere Zuwendung muß hier den Kindern gelten. Sie sollten für die Zeit des Asyls muttersprachlichen Unterricht nach ukrainischem Lehrplan bekommen, damit die Kontinuität ihres Lernens gesichert wird und sie ihre kulturelle Identität bewahren können.“

*Michael Frisch ist Fraktionsvorsitzender und familienpolitischer Sprecher der AfD im Landtag Rheinland-Pfalz*
*Martin Louis Schmidt ist Sprecher für Regionalpartnerschaften und kulturpolitischer Sprecher der AfD im Landtag Rheinland-Pfalz*

*Fotos: [http://www.afd-rlp-fraktion.de/die-fraktion](http://www.afd-rlp-fraktion.de/die-fraktion) (Quelle: AfD RLP)*

Mainz, den 18. März 2022

*Karte (Quelle):*
ÖLM-Seite: [https://www.oelm.at/deutsche-volksgruppen/ukraine/](https://www.oelm.at/deutsche-volksgruppen/ukraine/)

**Faeser ersetzt renommierten Beauftragten für deutsche Minderheiten durch linke Aktivistin**

10. 04. 2022

Bundesinnenministerin Nancy Faeser will den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Aussiedlern und nationalen Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, feuern. Die Abberufung erfolgt aus offenkundiger partei- und machtpolitischer Motivation. Ein Gastbeitrag von Joachim Paul

Die Begründung Faesers lautet vielsagend, „man wolle eine junge Kollegin aus der eigenen Partei in dieses Amt berufen“. Wie wenig Wert die Ampelkoalition dem Aufgabengebiet von Herrn Dr. Bernd Fabritius beimißt, ist schon im Koalitionsvertrag ersichtlich, in dem der Begriff „Vertriebene“ nur ein einziges Mal vorkommt.

**Mangelnde Distanz zu Linksextremen**

Statt Herrn Dr. Bernd Fabritius, der durch seine fachliche Expertise gut für den Posten geeignet war und sich ein großes Renommee erarbeitet hatte, will die weit links positionierte Faeser nun mit Natalie Pawlik ausgerechnet eine Parteifreundin ins Amt hieven, die bislang durch mangelnde Distanz zu Linksextremen auffiel.

So nahm Pawlik 2019 an einer Podiumsdiskussion der „Antifaschistischen Bildungsinitiative“ teil und ist darüber hinaus auch selbst Mitglied dieses Vereins. Nicht überraschend, zumal die Innenministerin Faeser selbst durch einen Gastbeitrag in einer „Antifa“-Zeitschrift, von dem sie sich nicht distanzieren wollte, auffiel.

**Buntheitsideologie statt Kulturerbe und Menschenrechte**

Erfahrener Experte raus, linke Aktivistin rein. Haltung und Stallgeruch statt Kompetenz und Erfahrung. So ruchlos will die Innenministerin ohne Rücksicht auf die Belange der Aussiedler bzw. Rußlanddeutschen und deutschen Minderheiten durchregieren und Parteifreunden Posten, die eine besondere Verantwortung verlangen, beschaffen. Damit dürfte es zukünftig um die Belange der Aussiedler und Angehörigen der deutschen Minderheiten in Europa schlecht bestellt sein.

Es liegt auf der Hand, daß einer linken Parteibuchqualifizierten die Bewahrung und Pflege deutschen Kulturerbes unendlich fremd sein muß. Damit droht der Kampf der deutschen Minderheiten gegen Diskriminierung, die Erlangung umfassender Minderheitenrechte und die Verbesserung ihres Status‘ um Jahre oder Jahrzehnte zurückgeworfen werden oder zum Scheitern verurteilt sein. Auch dürften die Aussiedler bzw. Rußlanddeutschen nun ins Visier einer Art ministerieller Umerziehung gelangen, die konservative Werte zugunsten der Buntheitsideologie verdrängen will. Die AfD fordert Faeser auf, von dieser Skandalpersonalie Abstand zu nehmen und zur Vernunft zurückzufinden.

*Quelle*: Unser Mitteleuropa: https://unser-mitteleuropa.com/faeser-ersetzt-renommierten-beauftragten-fuer-deutsche-minderheiten-durch-linke-aktivistin/

**Versorgungskrise 2022: Die Bundesrepublik wie Rumänien im Jahr 1980**

Nach dem Solidarność-Aufstand der Polen 1980 lieferte die Sozialistische Republik Rumänien verstärkt Lebensmittel nach Polen, um ihren Beitrag zur Deeskalation der Unruhen beizutragen.

Da Rumänien weitere ältere Verträge auf Biegen und Brechen einhalten wollte – Ziel war die Rückzahlung der aufgenommenen Auslandskredite –, kam es zu einer Verknappung von Lebensmittel, Strom, Kraftstoffen und fossilen Brennstoffen.

Von jetzt auf nachher verschwanden Sonnenblumenöl, Mehl, Fleisch, Zucker, Kaffee, Butter, Käse etc. aus den Regalen und waren für ein Jahrzehnt nur noch über Bezugsscheine erhältlich. Auch wenn die Versorgungslage davor auch nicht rosig war, verschwanden diese Lebensmittel *komplett* aus dem Handel. – Wie vor zwei Jahren, als Toilettenpapier und Desinfektionsmittel zeitweise vom Markt verschwanden, steht man heute seit einem Monat bei Speiseöl und Mehl vor leeren Regalen.

Auch wenn uns die politisch Verantwortlichen, von den Medien sekundiert, weismachen wollen, dies hänge mit Hamsterkäufen zusammen, spricht einiges dagegen. Gerade Öl, Mehl und Zucker sind weltweit Grundnahrungsmittel, hier müßte es doch genügend Reserven in den Lägern geben, so daß auch die bösen Hamster bedient werden könnten.

Dem Vernehmen nach werden aber Hilfslieferungen nach Osteuropa, insbesondere in die Ukraine mit diesen Lebensmittel im vollen Umfang bedient, und hier schließt sich der Kreis zum Rumänien der 1980er: Statt die eigene Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln, Treib- und Heizstoffen zu einem vernünftigen Preis und in ausreichenden Mengen zu versorgen, bedient man das Ausland.

Was gerade ganz auffällig ist, ist, daß bei der Versorgung mit den erwähnten Grundnahrungsmitteln auch das marktwirtschaftliche Spiel von Angebot und Nachfrage derzeit ausgehebelt ist, denn auch zu einem hohen Preis sind diverse Lebensmittel nicht mehr zu beschaffen. In Rumänien konnte man seinerzeit, wie in der DDR „Bückware“ (für: Kleingeister: Ware unter der Ladentheke) erwerben . . . Und zur Feier des „Tages der Arbeit“ (dem 1. Mai) gab es auch noch Sonderrationen.

Im Übrigen: Bis 1989 konnte das sozialistische Rumänien seine Auslandsschulden begleichen.

*Herbert Karl*

## Schwerpunktthema: Ukraine

*Der Ukrainekrieg geht mit unverminderter Heftigkeit mit Folgen für die ganze Welt weiter; hier ein paar Streiflichter (Red.)*

**Ukraine-Krieg und Rechte**

**Ins Stammbuch geschrieben**

*von Martin Louis Schmidt*

Teile der deutschen Rechten haben die verhängnisvolle Neigung, sich politisch selbst in die Ecke zu stellen und damit auf vielversprechende Wirkungsperspektiven zu verzichten. Die Bewertung des Angriffskrieges von Putins Rußland gegen die Ukraine ist ein anschauliches Beispiel für diese durch massive Ausgrenzungen und Diffamierungen, aber auch durch selbstgewählte Fundamentalopposition samt Wagenburgmentalität zu erklärende Randständigkeit.

**Betrachten wir in groben Zügen die denkbaren Grundhaltungen zum Krieg im Osten Europas aus konservativ-rechter Sicht:**

Erstens ist da die Möglichkeit, diesen dem Völkerrecht wie dem Selbstbestimmungsrecht eindeutig zuwiderlaufenden Krieg als verheerenden Rückfall Rußlands in einen (schon länger zu beobachtenden) machtpolitisch wie territorial verstandenen Hegemonialanspruch auf den postsowjetischen Raum zu kritisieren. Die Ukraine erscheint dann als ein besonders augenfälliges Opfer, wie es vergleichbare in der Vergangenheit bereits mehrfach gegeben hat – etwa mit der Installation des Vasallenregimes in Transnistrien, den Annexionen der georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien oder der Unterstützung des weißrussischen Diktators Lukaschenko bei dessen skrupellosem Kampf gegen die dortige Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung.

Die kleinen baltischen Nationen, Moldawien, Georgien und selbst Polen fürchten, durch historische Erfahrungen traumatisiert, bei nächster Gelegenheit selbst zum Objekt derartiger Expansionsgelüste des Kremls zu werden. Mitgliedschaften in EU und NATO erscheinen ihnen deshalb als einzig wirklich verläßliche Sicherheitsgarantien.

**Kreml bedient sich sowjetkommunistischer Narrative**

Scharfe wirtschaftliche, speziell energiepolitische und möglicherweise auch militärische Reaktionen sind vor diesem Hintergrund ebenso angebracht wie die längst überfällige massive Aufrüstung unserer Bundeswehr, die sich in Olaf Scholz' 100-Milliarden-Ankündigung ebenso manifestiert wie zum Beispiel in dem am 14. März gemeldeten Vorhaben, die Luftwaffe mit F35-Tarnkappenjets anstelle der schon vor über vier Jahrzehnten eingeführten Tornados auszurüsten. Und natürlich gehört die Professionalisierung des Beschaffungswesens und vor allem die gesamtgesellschaftliche Wertschätzung der Bundeswehr zu diesem Themenkomplex.

All das ließe sich flankieren mit der Bewußtmachung, wie sehr die vorangegangenen Altparteien-Regierungen sicherheitspolitisch versagt haben und hinsichtlich der extrem hohen Energie-Abhängigkeit von Rußland gerade in der Merkel-Ära einer naiven Weltsicht frönten. Weiterhin wäre es gerade aus rechtsgerichteter Sicht angebracht, auf die immer unverhohlenere Bedienung sowjetkommunistischer Narrative durch die Kreml-Propaganda hinzuweisen. Im Moskauer Luschniki-Stadion ertönten in Anwesenheit des Präsidenten anläßlich des achten Jahrestags der Annexion der Krim Jubellieder auf Lenin und Stalin, und die russische Hymne ist bezeichnenderweise schon seit Ende 2000 wieder mit der Melodie der sowjetischen unterlegt.

Aktivisten der ukrainischen Sache werden kollektiv als „Nazis" oder „Faschisten" verunglimpft, so wie einst die „Waldbrüder" in Estland oder Lettland oder die antikommunistischen Kämpfer der UPA (Ukrainische Aufstandsarmee) vor und nach 1945. Nicht zuletzt entlarvt Putins „Ansprache an die Russische Föderation" vom 21. Februar ihn als großrussischen, die Eigenheiten der von ihm als künstlich bewerteten Ukraine verleugnenden Machtpolitiker. Über die Jahrzehnte nach Stalins Tod sagte er: „Das Virus der nationalistischen Ambitionen verschwand nicht, und die Zeitbombe (…) sie tickte und tickte. Diese Bombe, ich wiederhole es, war das Recht auf Austritt aus der Sowjetunion."

**Zerfall der Sowjetunion ist für Putin ein Grundübel**

Die zweite, hier ebenfalls vereinfachend dargestellte Grundhaltung ist jene, wie sie von den bereits eingangs kritisch der Selbstmarginalisierung bezichtigten Kräften bevorzugt wird. Man bekundet dort ein ausgeprägtes Verständnis für Moskaus „geopolitische Interessen", die es ebenso zu beachten gelte wie die tiefsitzenden Ängste vor „Angriffen aus dem Westen" beziehungsweise die Folgen der „Demütigungen" durch USA und NATO seit 1991. Gern wird auch von Versprechungen des Westens an die Adresse des Kremls erzählt, die NATO und damit die eigene Einflußsphäre jenseits der deutschen Grenzen nicht weiter nach Osten ausdehnen zu wollen. Vertragliche Festlegungen in dieser Richtung gibt es allerdings keine, und sie wären über die Köpfe der ostmitteleuropäischen Völker hinweg auch schwerlich möglich gewesen.

*Fortsetzung auf S. 5*

*Fortsetzung von S. 4*

Denn Esten, Letten und Litauer, Polen, Tschechen, Slowaken, Rumänen, Kroaten, Slowenen und andere sehen in möglichst festen, institutionellen Bindungen an den Westen nicht nur einen existentiell notwendigen Schutz vor russischem Imperialismus, sondern verstehen diese vor allem als endgültige Befreiung vom verhaßten sowjetischen Erbe sowie als symbolischen Wiederanschluß an die europäische Geschichte. All dies gilt spätestens seit der „Maidan"-Protestbewegung 2013 und der russischen Annexion der Krim im Folgejahr auch für die Ukraine.

Ukrainische EU- und NATO-Beitrittswünsche einer großangelegten internationalen Friedensregelung mit Rußland opfern zu wollen, ist zwar eine realpolitische Variante und historisch als solche keineswegs ungewöhnlich, aber grundsätzlich gesehen dennoch hochproblematisch – gerade aus rechtskonservativer Sicht. Der renommierte Osteuropa-Historiker Karl Schlögel hat am 27. Februar gegenüber dem Deutschlandfunk nicht von ungefähr daraufhingewiesen, daß es für den im KGB sozialisierten Putin nach dem Zerfall des Sowjetreiches ein Grundübel gewesen sei, „daß es einen Prozeß der Entfaltung der nationalen Kulturen und der Herausbildung von nationaler Staatlichkeit und Souveränität gegeben habe".

**Rußland war für das Deutsche Reich kein verläßlicher Partner**

Überhaupt fällt auf, daß sich in der gegenwärtigen Debatte Positionen der radikalen vorgeblichen Rechten in auffallender Weise mit solchen der extremen Linken decken. Dies gilt für das an Denkmustern à la Tauroggen oder Rapallo beziehungsweise den Vorstellungen der KPD und der „roten Preußen" in der SED-Führung orientierte nostalgische Rußlandbild ebenso wie für die Tendenz zur Verharmlosung autoritärer Praktiken. Da werden dann deutsche und allgemein westliche Aufrüstungsanstrengungen mit einem utopischen Pazifismus und Neutralismus beantwortet, die ukrainische Regierung und Armee als faschistoid diffamiert und völlig einseitige historisch-ethnische Rechtfertigungsversuche Moskaus für die Besitzansprüche auf Krim und Donbass, mitunter sogar auf die ganze Ukraine kritiklos übernommen.

Hierzu in aller Kürze nur soviel: Das Russische Kaiserreich war aus Sicht der deutschen Staatenwelt in den zurückliegenden Jahrhunderten keineswegs ein durchwegs verläßlicher Bündnispartner, nicht einmal für Preußen, das bis ins späte 19. Jahrhundert hinein mindestens ebenso enge Verbindungen zu England unterhielt (von den norddeutschen Ländern hier ganz zu schweigen). Die süddeutsch-österreichische Perspektive ist ohnehin eine andere. Sie legt aktuell mit Blick auf die historische österreichische Provinz Galizien Sympathien mit der ukrainischen Nationalbewegung nahe, zumal die Maidan-Revolte in Kiew entscheidend von jungen Männern aus dem westukrainischen Raum durchgesetzt wurde.

Zur Geschichte der Krim ist anzumerken, daß diese vor den Massendeportationen nichtrussischer Völkerschaften unter Stalin ab 1944 – allen voran der namensgebenden „Krim"-Tataren – keineswegs so eindeutig russisch geprägt war, wie es die illegitime Volksabstimmung vom 16. März 2014 suggerieren mag. Ähnliches gilt für den Donbass, der vor der ganz auf die Schwerindustrie setzenden sowjetischen Industriepolitik der 1920er Jahre ff. und dem stalinistischen „Holodomor"-Völkermord an den Ukrainern eindeutig multiethnisch war.

**Die NATO zeigt sich schlagkräftig**

Doch ganz gleich, welcher der beiden oben dargestellten Grundorientierungen man folgt: Das Rad der Geschichte dreht sich weiter, und momentan sieht es ganz danach aus, als ob Putins Rußland nachhaltig geschwächt aus diesem Krieg herauskommt und die bislang fragile Ukraine eine neue, tiefgreifende Phase ihrer Nationsbildung erlebt. Aufbauend auf den Traditionslinien des Kosaken-Hetmanats von Bohdan Chmelnyzkyj, auf den Staatsgründungsversuchen von Simon Petljura und Stepan Bandera, auf dem Holodomor-Trauma sowie auf den Träumen des Maidan wird dieser künftig viel selbstbewußtere Staat die Nähe EU-Europas und der NATO suchen und sie finden. Ob mit Unterstützung der europäischen Mittelmacht Deutschland oder ohne.

Eines muß sicherlich schon jetzt festgehalten werden: Die NATO und „der Westen" haben sich in diesem Krieg als in einem Maße schlagkräftig gezeigt, das selbst China beeindrucken dürfte. Für die Nato ist diese unverhoffte Stärke eine Art „Jungbrunnen" mit noch unabsehbaren weltpolitischen Folgen. Auch für die jahrzehntelang nicht wenigen als bloßes Bürokratiekonstrukt erscheinende Europäische Union ergeben sich Chancen. Die EU könnte sich durch den absehbar steigenden Einfluß Polens und der Visegrád-Staaten deutlich verändern, nicht nur in puncto Sicherheits- und Militäragenda, sondern vermutlich auch gesellschaftspolitisch.

Die in der breiten Öffentlichkeit zu Recht mit vollumfänglicher Solidarität beantwortete Fluchtbewegung aus der Ukraine – in der Regel handelt es sich um notleidende Frauen und Kinder (die bezeichnenderweise fast alle am liebsten grenznah in Polen Zuflucht suchen) und nicht um sich offensichtlich materielle Vorteile erhoffende junge Männer – könnte dabei ein wesentlicher emotionaler Kitt sein.

*Fortsetzung auf S. 6*

*Fortsetzung von S. 5*

**Neue Europa-Konzepte sollten beachtet werden**

Auch aus der Sicht einer an spezifisch deutschen Interessen orientierten Außenpolitik muß betont werden, daß im Sinne des sprichwörtlichen Bismarckschen Spiels mit den fünf Kugeln die russische Kugel mittlerweile deutlich unbedeutender ist als die US-amerikanische und die EU-Kugel, sicherlich auch unwichtiger als die chinesische und vermutlich sogar als die des perspektivisch um Japan, Südostasien und Indien erweiterten Aukus-Paktes.

Vor diesem Hintergrund sollte sich die deutsche Rechte jenseits überkommener Denkkategorien mit dem Intermarium-Konzept befassen, der vor allem in Polen in wechselnder Gestalt lebendigen Idee, die Staaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer durch ein Bündnis eng zusammenzuschließen und einen wirksamen Schutz vor der territorialen Expansion Rußlands zu erreichen; jüngste Ausprägung davon ist die Drei-Meere-Initiative von 2015. Dieses Konzept gilt es, mit dem kulturgeschichtlich naheliegenden mitteleuropäischen Auftrag Deutschlands zu verknüpfen. Zum Wohle des eigenen Landes wie des ganzen Kontinents.

Quelle: https://jungefreiheit.de/debatte/forum/2022/ins-stammbuch-geschrieben-russland/

***Auszug:***
**David Berger zu den Sanktionen der westlichen Welt gegen Rußland**

„»Preisexplosion bei ALDI« – Diese Lebensmittel werden jetzt »deutlich teurer«, so die HNA in einem gestern aktualisierten Beitrag: »Einige Lebensmittel werden bei ALDI im April teurer, teilweise um bis zu 50 Prozent. Der Präsident des Handelsverbands gibt eine düstere Prognose ab.« – so der Beitrag. Schuld daran sei der Ukraine-Krieg, so der Unterton des Artikels und zahlreicher weiterer Mainstreambeiträge.

**Die Bundesregierung, nicht Corona oder der Ukraine-Konflikt verantwortlich**

Aber ist das wirklich so? Wie nicht Corona, sondern der völlig verfehlte politische, von Hysterie und Angstmache geprägte Umgang damit für die enormen Schäden, die die zwei letzten Jahre uns zugefügt haben, verantwortlich war. So scheint es nicht der Ukrainekrieg selbst, sondern u. a. die für Rußland kaum schädlichen, aber für Deutschland verhängnisvollen Entscheidungen der Bundesregierung (Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet, Sanktionen) zu sein, die zu der bislang in diesen Dimensionen nie dagewesenen Erhöhung der Energie- und Lebensmittelkosten führen; dies zusammen mit der eine weitere Verarmung der ohnehin sozial schwachen Schichten vorantreibenden Energie- und Umweltpolitik der Ampelkoalition. [ . . . ]

**„Sanktionen gegen Russland: Ganze Volkswirtschaft droht zu kippen**

Dazu paßt, was Sven von Storch im Rundbrief an die Leser der „Freien Welt“ schreibt: „Die US-Regierung, NATO/EU, zahlreiche deutsche Politiker der Ampel-Koalition und Union sowie die Mehrheit der Mainstream-Medien rufen nach immer härteren Sanktionen gegen Rußland. Doch die Ampel-Regierung darf sich nicht dazu drängen lassen, Entscheidungen zu treffen, die am Ende Deutschland mehr schaden als Rußland. Das hat mittlerweile sogar Ampel-Finanzminister Christian Lindner (FDP) zugegeben. Auch der grüne Klimaideologe Robert Habeck ist auf dem Boden der Tatsachen gelandet, wenn er zugibt, daß ein sofortiger Stopp der Erdgas-Lieferungen aus Rußland massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland haben werde.

Deutschland ist durch die Corona-Lockdowns, Inflation, Energiekrise und Verschuldung bereits in einer Schieflage. Wenn nun auch die Gasversorgung gedrosselt wird, droht die ganze Volkswirtschaft zu kippen. Aus der Industrie kommen deutliche Warnungen: Wenn es zu Engpässen bei der Versorgung mit Erdgas kommt, drohen ganze Industriezweige reihenweise zusammenzubrechen. Der BASF-Chef Brudermüller warnt vor der Zerstörung unserer Volkswirtschaft. Ein Domino-Effekt für die deutsche Industrie wäre die Folge. Diese Katastrophe muß verhindert werden.“

Der gesamte Beitrag ist abrufbar unter

https://philosophia-perennis.com/2022/04/09/explodierende-lebensmittelpreise-nicht-durch-ukraine-krieg-sondern-bundesregierung-verursacht/

Bild-Quelle: *Christiane Hoffmann: Einkochen, trocknen, hamstern—die Russen bereiten sich auf einen besonders schwierigen winter vor, FAZ 19. Oktober 1998,S. 3.*

**„Krieg und Frieden“**

Unter diesem Titel erschien eben die letzte Ausgabe des CATO (3/2022). Um es gleich zu sagen: Sie bleibt der Aufmachung nach nicht gerecht; offensichtlich wurde auch hier die Redaktion von den dramatischen Ereignissen im Osten Europas einfach überrollt.

Und dennoch: Karlheinz Weissmann geht in seinem Beitrag „Macht und Moral“ das Erwachen Westeuropas im Untertitel frontal an: „Der Krieg ist der Vater aller Dinge, hieß es bei den alten Griechen. Offenbar gilt das nach wie vor. [ . . . ] Doch was folgt daraus realpolitisch?“

Der Autor bemerkt, daß man in Frankreich in der deutschen Politik eine »kopernikanische Wende« sieht: „weg vom prinzipiellen Pazifismus, hin zu der Bereitschaft, das, was man die westlichen Werte nennt, auch mit Waffengewalt zu verteidigen.“ So sieht auch der „unvermeidbare“ (sic!) Herfried Münkler einen „Epochenwechsel“ aufziehen: „»Wir sind also Zeuge einer entstehenden Weltordnung«, äußerte er in einem Interview, »in der die Großakteure über eigene Einflußsphären verfügen. Die Idee der Universalisierung der Werte ist vorbei.«“ (CATO, S. 16) – Der geneigte Leser kann diesem Wortschwall zustimmen, aber er sollte auch die Regime-change-Politik *des* Westens der letzten dreißig Jahre bedenken: Da bleibt wenig Raum für einen Epochenwechsel.

Realpolitisch (auch diesen Begriff gibt es noch!) kommen dann schon der EU-Politiker Josep Borell: Europa müsse lernen. „»die Sprache der Macht« zu sprechen,“ dem die EU-Präsidentin, Ursula von der Leyen, sekundiert. Und die deutsche Politik, mit einer einzigen, in allen Bereichen mundtot gemachten Oppositionspartei, entdeckt ihre späte Liebe zur Bundeswehr, überholt sich selbst in Überbietungen der sonst links liegengelassenen Bündnisverpflichtungen gegenüber dem Westbündnis.

Weissmann spricht das Grundübel der politischen Verfaßtheit des Westens an: Alle bisherigen Weltkrisen der letzten fünfzig Jahre vom Einmarsch der Sowjets in Afghanistan über die Ölkrisen der 1970er, dem Kollaps des Kommunismus‘, Migrationskrise, bis hin zum Imperialismus Chinas haben nicht

> *„dazu geführt, jene Illusionen aufzugeben, die eine unpolitische und zuletzt antipolitische Haltung förderten. Die Ursachen dafür lassen sich rasch bestimmen. Da sind die Eliten, die kein Interesse an einer Kurskorrektur haben, die irgend jemand fragen lassen könnte, wer für die Fehlentwicklungen verantwortlich ist, deren Folgen wir nun zu spüren bekommen, und da gibt es die Leute, deren Aufmerksamkeitsspanne kurz und deren Ablenkungsbereitschaft groß ist und die sich im Zweifel dem hingeben, was Hegel den »Brei des Herzens« nannte“ (CATO, S. 17).*

Weissmann verweist auf Norbert Bolz, der die „Verwechslung von »Politik« und »Moral«“ problematisiert und die Tradition „wiederaufnimmt, die von Machiavelli über Hobbes und Hegel bis zu Max Weber und Carl Schmitt führt.“ Für sie galt „ein Eigenrecht des Politischen gegenüber dem Privaten, des Staates gegenüber der Gesellschaft, und damit verband sich für sie die Forderung, die politischen Akteure von den Forderungen der Privatmoral freizustellen“ (CATOo, S. 18).

Dabei ist der Frage nach Abhilfe aber auch nachzugehen: Wurde jemals eine Politik im Sinne der erwähnten Staatsdenker betrieben? Weissmann rekurriert hier auf den Rußlandkenner Thomas Fasbender, der feststellt, daß Putin

> *„zwar von normalerweise von einem Machtkalkül getrieben werde, aber das gelte nicht im Hinblick auf die Einheit der Ostslawen, deren (Wieder) Herstellung er offenbar als seine historische Sendung betrachtet. Bismarck, der gemeinhin in dem Ruf eines nüchternen, wenn nicht skrupellosen Realpolitikers steht, betonte, daß sich das »Staatsinteresse« nicht ausrechnen läßt und Gefühle der Menschen – etwa die Verletzung des Ehr – oder Gerechtigkeitsempfindens – zu jenen »Imponderabilien in der Politik« gehören, »die oft viel mächtiger wirken als die Fragen des materielle und direkten Interesses«“ (CATO, S. 18).*

*Fortsetzung auf S. 8*

*Fortsetzung von S. 7*

Der Artikel von Weissmann geht im Weiteren auf die Unzulänglichkeiten – wegen falscher Priorisierungen - unserer politischen Eliten ein. Bemerkenswert noch ein Rekurs auf Platons *Staat*:

> *„»Den Herrschern also eines Staates kommt es, wenn überhaupt jemanden, zu, Täuschungen zu begehen, entweder um die Feinde oder um der Bürger willen, zum Nutzen des Staates«“ (CATO, S. 20).*

Für den Menschen der Gegenwart tritt das »latente Spannungsverhältnis« zu Tage, das die Beziehung Macht und Moral „notwendig bestimmt:“

> *„Es gibt für ihn kein Entkommen aus diesem Zwiespalt, nur die Forderung, sich auf dem schmalen Grat zwischen Gewissensforderung und Machtversuchung zu halten. Wenn der Vizekanzler das in der gegenwärtigen Lage »moralisch nicht schön« findet, trifft das das Problem kaum annähernd. Denn politische Handeln wie politisches Nichthandeln hat immer mit dem zu tun, was die Bibel »Schuld« nennt. »Unschuldig ist«, heißt es bei Hegel, »nur das Nichttun wie das Sein eines Steines, nicht einmal eines Kindes«“ (CATO, S. 21)*

*Herbert Karl*

**Auszug:**

**1997 sprach Biden schon über drohende Konsequenzen einer NATO Osterweiterung**

„Am 20. Juni 1997 hielt der damalige Senator Joseph Biden aus Delaware, Mitglied des Komittees für Auswärtige Angelegenheiten, eine denkwürdige Ansprache vor dem renommierten Think-Tank Atlantic Council. Der heutige Präsident der USA sprach schon damals von Entwicklungen, die erst 25 Jahre später eintreten sollten:

Wir geben daraus zwei Mitschnitte [in deutscher Übersetzung] wieder:

***«… Ich denke, daß die Aufnahme der baltischen Staaten kurzfristig die größte Konsternierung hervorrufen würde, was nichts mit dem Verdienst und der Bereitschaft des beizutretenden Landes zu tun hätte, und zwar im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der NATO zu Rußland und USA zu Rußland. Und wenn es jemals etwas gäbe, welches das Gleichgewicht im Sinne einer heftigen und feindseligen Reaktion – ich meine nicht militärisch – in Rußland kippen könnte, dann wäre es das. Und so betrachte ich das Kalkül hier«***

Es ist zu beachten, daß der Mitschnitt der Rede Bidens aus dem Jahr 1997 stammt. Das heiβt ganze zwei Jahre bevor man begonnen hatte, die erste der mittlerweile insgesamt fünf NATO-Osterweiterungen entgegen den getroffenen Abmachungen gegenüber Rußland ohne Rücksicht auf die zu erwartenden Folgen durchzusetzen.

*Fortsetzung auf S. 9*

*Fortsetzung von S. 8*

***«… Unsere Gespräche brachen ab, wie…(nicht hörbar). Sie (die Russen) sprachen darüber, daß sie diese NATO-Erweiterung nicht wollten. Sie wußten, daß dies nicht ihren Sicherheitsinteressen entspricht – immer wieder und sie sagten: «Gut und wenn ihr das macht, könnten wir uns an China wenden». Und ich konnte nicht anders, als den umgangssprachlichen Ausdruck für mein Land zu benutzen, indem ich zu Sjuganow* sagte: Viel Glück in Ihr erfahrenes Ohr. Ich kann dazu nur sagen: Viel Glück! Und wenn das nicht klappt, versuchen Sie es doch mit dem Iran – (großes Gelächter im Publikum). Ich meinte es ernst. Ich habe das zu ihnen (den Russen) gesagt, und sie wußten es – ich wußte es. Sie wußten, wie jeder es wußte, daß das keine Option ist, und jeder weiß, daß jeder dieser Führer das anerkennt, braucht und daß es sie ärgert. Aber sie müssen – sie müssen nach Westen schauen. Und die Frage ist, wo dies entworfen ist, um sie komplett auszuschließen, aber nicht…»“***

https://unser-mitteleuropa.com/1997-sprach-biden-schon-ueber-drohende-konsequenzen-einer-nato-osterweiterung/

*Bild:* Senator Joseph Biden am 20. Juni 1997 vor dem Atlantic Council, Washington, DC

*Herbert Karl*

**Energie-Versorgung Europas: Öl und Gas wird zur Waffe**

Das Kaspische Meer und die Anrainerstaaten schwimmen auf einem immensen Öl- und Gasvorkommen: diese wecken entsprechende energiepolitische Begehrlichkeiten. Der russische Einfluß im angrenzenden Kaukasus ging parallel mit dem Niedergang der Sowjetunion zurück: Die Regionalmacht Türkei versuchte in dieses offenbare Machtvakuum vorzudringen, scherte aber relativ schnell als potentieller Nachrücker Rußlands aus. Es verblieben als ernstzunehmende Konkurrenten im Kaukasus nur der Iran und die USA übrig.

Beim Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Rumsfeld in Aserbeidschan am 12. April 2005 wurde vereinbart, tausende amerikanischer Soldaten auf drei Luftstützpunkten zu stationieren.
Da in Syrien ein Bürgerkrieg stattfand, in Libyen immer weniger Öl gefördert wurde und der Iran diversen europäischen Staaten den Ölhahn zudrehte, reagierten die internationalen Rohstoffmärkte ähnlich wie in den Ölkrisen der 1970er auch mit nervösen Preisausschlägen nach oben. Dabei ist es ganz unerheblich, daß das syrische Öl in der Weltproduktion eine geringe Rolle spielt und der Iran nur dem Embargo der Europäer zuvorkam; die Börsen leben von Preiserwartungen.

Die erste Ölkrise hatte *zwei* unmittelbare Ursachen: Die OPEC (Organisation Erdölexportierender Länder) verhängte nach dem Ausbruch des Yom-Kippur-Krieges am 6. Oktober 1973 und zur Unterstützung der arabischen Kriegsseite – Ägypten hatte am jüdischen Feiertag die israelischen Stellungen massivst angegriffen – ein Ölembargo gegen die USA und die Niederlande (sic!). Zudem kündigte die OPEC die Verhandlungen mit den multinationalen Konzernen (Shell, Exxon, BP): Der Ölpreis für ein Barrel (150 Liter) schnellte im Spot – auf dem Kassamarkt – von langjährigen 3 Dollar auf das Vierfache innerhalb eine Jahres. – Deutschland bezog damals 50 % seines Öls, dem „Treibmittel des Wachstums“ aus der OPEC *(Judith Lemke: Die Angst vor einer Ölkrise ist geblieben, FAZ, 19. Oktober 2013, S. 27)* . . .

Willy Brandt später: *„Ende 1973 und hinübergreifend ins Jahr 1974 hat ein Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte stattgefunden. Nichts wird wieder ganz so sein, wie es vorher war“ (Lemke)*

Bereits Weihnachten 1973 erwies sich das Embargo als Flop: Die OPEC hob die Lieferbeschränkungen auf. Die USA hatten den Rohstoff weiter über Drittländer bezogen. Und in der BRD beschloß man, sinnigerweise das *zweite Kabinett Brandt-Scheel,* den Bau von 40 Kernraftwerken und ein Energiemix von Wasserkraft, Wind und Biomasse wurde angeregt. In Paris gründeten am 15. November 1974 16 Industriestaaten die IEA (Internationale Energie Agentur), eine unabhängige Einheit der OECD mit dem Ziel: Energieautonomie mit Hilfe der Kernenergie.

*Fortsetzung auf S. 10*

*Fortsetzung von S. 9*

Nichtsdestotrotz sind die leeren Autobahnen und Wochenendfahrverbote tief im Volksbewußtsein verhaftet, werden auch heute wieder an die Wand gemalt. Öl war auch in der Krisenzeit Ende 1973/Anfang 1974 *nie knapp*: Es war die zu erwartende Verknappung, die zu Spekulationsanreize auf den Rohstoffbörsen führte. Und wie Börsen funktionieren, müßte eigentlich klar sein: Ein einziger sich verknappender Rohstoff zieht die anderen gleich mit nach oben. Entsprechend reagiert der Öl- und Gasmarkt heute mit immensen Aufschlägen. Nur die Spotmärkte hatten in den 1970ern gesponnen, da man wegen mangelnder Kontrakte sich auf dem Kassamarkt kurzfristig eindecken mußte. Ähnlich ergeht es im Moment einigen Gasabnehmern, die keine langfristigen Lieferverträge abgeschlossen haben.

Aber was in den Siebzigern galt, gilt auch heute: Die Preise für Rohstoffe sind damals nicht gefallen und der Preis für Energieträger wird sich weiterhin auf einem höheren Niveau einpendeln. In der EU ist die Lage schon verquer: Nicht der Lieferant Rußland, sondern die Öl- und Gasabnehmer (die EU-Länder) erwägen einen Einfuhrstopp für russische Rohstoffe.

Auch die FAZ vom 31. Mai 2005. titelte: „Der Kampf um den Kaukasus. Die Vereinigten Staaten und Iran sind die wichtigsten Konkurrenten“ *(Artikel von Rainer Hermann, FAZ, S. 10)* und weiter heißt es:

*„Der Kreis um Iran schließt sich. Amerikanische Soldaten stehen in Ländern südlich des Persischen Golfs, vor allem in Kuweit und Qatar, im Irak sind sie präsent und in Afghanistan. Unauffällig hatte Teheran in diesen beiden Ländern die Vereinigten Staaten unterstützt, beim Sturz Saddam Husseins und der Taliban. Doch die Islamistische Republik hat es nicht verstanden, diese Hilfe in politisches Kapital umzumünzen. Nun setzen die sich die Vereinigten Staaten militärisch auch nördlich Irans, in Aserbaidschan, fest, nachdem sie seit 2001 Einheiten in Usbekistan stationiert hatten.“*

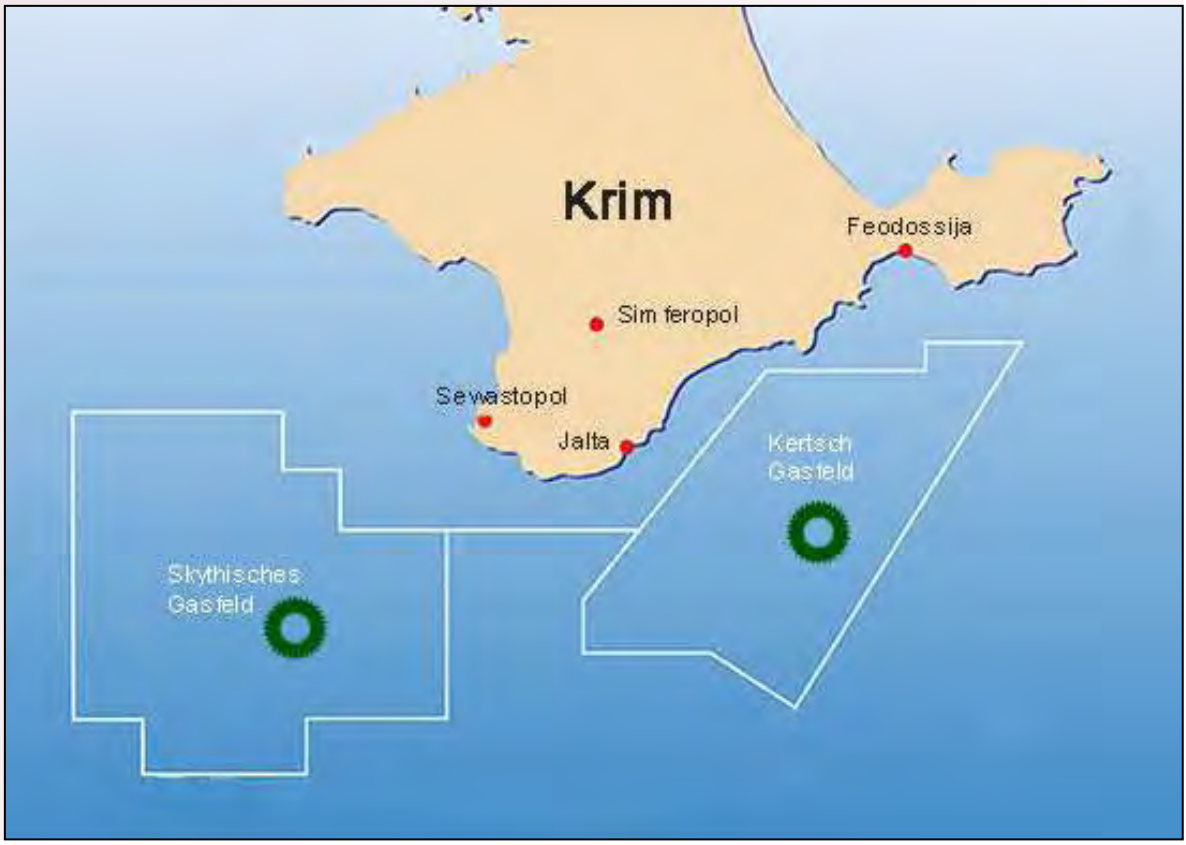
Zudem ist der Donbass reich an Rohstoffen, so ist unter dem 5. Januar 2016 auf mdr zu lesen:

*„Die Erschließung reicher eigener Gas- und Ölvorkommen könnten die Ukraine in Zukunft vom russischen Gas unabhängig machen. Die Annexion der Krim durch Rußland hat die Möglichkeiten dafür aber beschränkt. Fast 500 Öl- und Gasfelder – nutzbare und erkundete – sind durch die Abspaltung der Halbinsel erst einmal abhandengekommen. Nach russischen Schätzungen lagern auf der Krim 47 Millionen Tonnen Erdöl- und 165,3 Milliarden Kubikmeter Erdgasreserven. Unabhängig vom Verlust der Halbinsel ist die Ukraine insgesamt ein Land mit vielen Bodenschätzen. Im Osten, wo das derzeit hart umkämpfte Donezkbecken liegt, lagern Kohle, Eisenerz, Graphit und Mangan, im westlichen Gebiet Ivano-Frankivsk Erdöl, Erdgas, Braunkohle, Kalium, Sale und Kalkstein. Neben Tschechien baut nur die Ukraine in Europa Uran ab. Und was die so fruchtbare Schwarzerde betrifft, so verfügt das Land über 30 Prozent der weltweiten Vorkommen“ (https://www.mdr.de/heute-im-osten/ukraine-zahlen-und-fakten100.html)*

Hier liegt sicherlich einer der Knackpunkte, worum es eigentlich in diesem Krieg letztendlich geht: Um Bodenschätze, vor allem Gas und Erdöl. Dies erklärt auch die Verbissenheit der Kriegsführung, , beider Seiten, die von außen noch befeuert wird.

**Fazit:**
**Das erste Opfer im Krieg ist immer die Wahrheit**

Bild-Quelle: https://www.design4u.org/russland-gus/politik-und-geschehnisse-ukraine/exxonmobil-foerdert-bald-gas-auf-skythischen-gasfeldern-in-der-ukraine/




*Herbert Karl*

**Die Umsiedlung der Bessarabiendeutschen 1940 in den Warthegau**
*Teil 1*

Die Deutschen in Bessarabien – dem Land zwischen Pruth und Dnjestr – waren die letzten deutschen Ansiedler im zaristischen Rußland. Wie gesehen, war Bessarabien erst 1812 vom Osmanischen Reich an Rußland gefallen.

Wie immer waren die ersten Jahre der Kolonisation in dem rauhen, von den kalten Stürmen aus Sibirien gebeuteltem Landstrich nicht einfach, aber in den 1930er— unter rumänischer Herrschaft –, erreichten die mehr als 150 deutschen Kommunen einen hart erarbeiteten Wohlstand.

Vor Beginn des Zweiten Weltkriegs schuf der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt vom 23 August 1939 ein Tauwetter von kurzer Dauer in den sonst ambivalenten deutsch-sowjetischen Beziehungen. Neben der Aufteilung Polens und des Baltikums – mit Ausnahme Litauens – wurde auch die Rückgabe des nach dem Ersten Weltkrieg an Rumänien gefallenen Bessarabiens an die Sowjetunion vereinbart.

Die zum Teil auf dem Gebiet der heutigen Ukraine und des Baltikums noch verbliebenen deutschen Kolonisten – in Estland, Lettland, dem Narew-Gebiet, Wolhynien und Galizien – wurden nach der Eroberung Polens dem deutschen Einflußbereich – dem Generalgouvernement – angeschlossen. Im sowjetischen Machtbereich verblieben – von den in Zentralrußland und dem Kaukasus siedelnden Kolonisten abgesehen – nur noch die Bessarabiendeutschen im sowjetischen Machtbereich.

Im Ultimatum vom 26. Juni 1940 forderte die Sowjetunion Rumänien auf, innerhalb von drei Tagen Bessarabien und die Nordbukowina zu räumen. Bereits zwei Tage später marschierten die Sowjets in diese Regionen ein: Über ganz Rumänien, bis in das entfernte Banat ergoß sich ein einziger Flüchtlingsstrom (*rum.* refugiaţi); die Flüchtlinge wurden teils in requirierten Wohnungen untergebracht.

Für die Bevölkerung– unabhängig ihrer Herkunft – der besetzten Gebiete löste dies einen Schock aus; am meisten fürchtete man sich vor der Sowjetisierung, der man in den Jahren 1917 – 1918 gerade noch entkommen war:

> *„Die politische Führung der deutschen Volksgruppe, der sogenannte »Gaurat«, besaß selbst keine näheren Informationen. Das lag zum einen daran, daß die Reichsregierung die Volksgruppenvertreter bewusst nicht in die Planungen einbezog. Zum anderen waren sich die Umsiedlungsplaner selbst noch nicht darüber im Klaren, in welchen Teil »Großdeutschlands« sie die deutsche Volksgruppe transferieren wollten. Die »Volksdeutsche Mittelstelle« (VoMi) ging noch Mitte Juli 1940 davon aus, daß die bessarabischen Weinbauer ins Elsaß kommen sollten“ (Schmidt, S. 36).*

Wie üblich mußte der „Führer“ eine Entscheidung treffen; danach sollten die Bessabiendeutschen nach Kriegsende sowohl im Osten, wie im Westen angesiedelt werden. Aber Mitte September entschied sich Heinrich Himmler für den Osten, „und verwarf damit andere Optionen wie Elsaß-Lothringen, Südfrankreich, Afrika oder die Steiermark“ (Schmidt, S. 36).

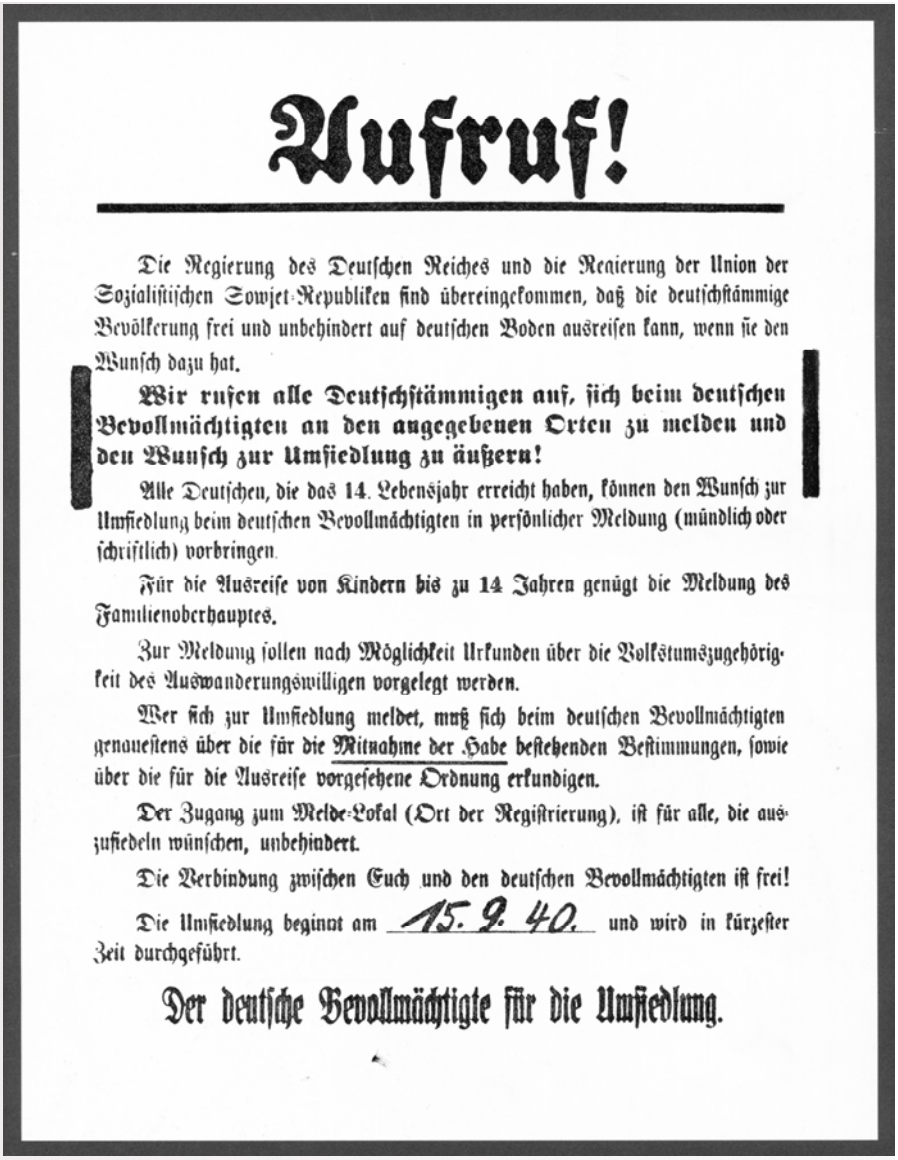
Auch wenn die Umsiedlung formal *freiwillig* war, gab es für die Volksdeutschen keine wirkliche Alternative; auch die letzten Wochen der sowjetischen Besatzung erleichterten ihnen den Entschluß, die Heimat zu verlassen. Nur etwa 2 000 Deutsche verblieben noch im Siedlungsgebiet.

*Fortsetzung auf S. 12*

*Fortsetzung von S. 11*

Nach zähen Verhandlungen wurde am 5. September 1940 ein deutsch-sowjetischer „Umsiedlungsvertrag“ abgeschlossen; danach durfte der Hausvorstand 50 kg, alle weiteren Familienmitglieder 25 kg Gepäck mitnehmen:

> *„Den Bauernfamilien, die mit Treckwagen und Pferdegespann fuhren, war die Mitnahme ihrer persönlichen Habe im Umfang einer zweispännigen Fuhre je Wirtschaft gestattet. Das »Großgepäck« wurde separat transportiert und kam unterwegs nicht selten abhanden. Bargeld mitzunehmen war nicht erlaubt. Es sollte auf sowjetische Banken eingezahlt und mit späteren Getreide- und Rohstoff-Lieferungen der UdSSR an Deutschland verrechnet werden. Nicht erlaubt war außerdem die Ausfuhr von Edelmetallen, Schmuck, Kunst- und Antiquitätensammlungen, Waffen, Feldstechern, Fotoapparaten, Reblingen, Saatgut, Autos, Motorräder, Motoren usw.“ (Schmidt, S. 37).*



# Aufruf!

Die Regierung des Deutschen Reiches und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sind übereingekommen, daß die deutschstämmige Bevölkerung frei und unbehindert auf deutschen Boden ausreisen kann, wenn sie den Wunsch dazu hat.

**Wir rufen alle Deutschstämmigen auf, sich beim deutschen Bevollmächtigten an den angegebenen Orten zu melden und den Wunsch zur Umsiedlung zu äußern!**

Alle Deutschen, die das 14. Lebensjahr erreicht haben, können den Wunsch zur Umsiedlung beim deutschen Bevollmächtigten in persönlicher Meldung (mündlich oder schriftlich) vorbringen.

Für die Ausreise von Kindern bis zu 14 Jahren genügt die Meldung des Familienoberhauptes.

Zur Meldung sollen nach Möglichkeit Urkunden über die Volkstumszugehörigkeit des Auswanderungswilligen vorgelegt werden.

Wer sich zur Umsiedlung meldet, muß sich beim deutschen Bevollmächtigten genauestens über die für die Mitnahme der Habe bestehenden Bestimmungen, sowie über die für die Ausreise vorgesehene Ordnung erkundigen.

Der Zugang zum Melde-Lokal (Ort der Registrierung), ist für alle, die auszusiedeln wünschen, unbehindert.

Die Verbindung zwischen Euch und den deutschen Bevollmächtigten ist frei!

Die Umsiedlung beginnt am 15. 9. 40. und wird in kürzester Zeit durchgeführt.

**Der deutsche Bevollmächtigte für die Umsiedlung.**

Für weitere Gegenstände, wie Uhren, Zigarettenetuis war deren Anzahl limitiert. Selbst Kirchenregister mußten zurückgelassen werden, diese wurden noch schnell abgeschrieben. – Diese Aufstellung erinnert all jene Aussiedler, die vor 1990 aus einem der Staaten des kommunistischen Machtbereichs ausreisten, an ihre eigene Abreise.

Ein deutsches Kommando unter dem SS-Standartenführer Horst Hoffmeyer koordinierte die Umsiedlung von Tarutino aus, dabei lebten es mit den Sowjets unter einem Dach. Die Mitglieder des gemischten Kommandos waren bereits an der Umsiedlung der Deutschen aus Wolhynien und dem Narwa-Gebiet beteiligt gewesen:

> *„Sie verstanden sich als »politische Soldaten«, die einander nicht als Feinde betrachteten, sondern als »Gegenspieler« respektierten. Das schloß nicht aus, daß man sich auch mißtraute und gegenseitig überwachte“ (Schmidt, S. 37).*

Abgesehen von ein paar Holprigkeiten ging die Aussiedlung aus Bessarabien zügig voran: Am 25. Oktober hatten 93 500 Volksdeutsche Bessarabien verlassen. Per Bahn, LKW oder Bussen und Trecks wurden sie in die Donauhäfen Kilia, Reni und Galaţi verbracht.

Literatur

Ute Schmidt: „Einwandfreies Menschenmaterial.“ Die Deutschen aus Bessarabien: Kolonisten – Umsiedler – Flüchtlinge, in: Die Umsiedlung, Konferenz „75 Jahre Umsiedlung – 70 Jahre Kriegsende“, Berlin 14. Juni 2015.

Bild-Quelle: *Schmidt, S. 60*

*Fortsetzung folgt*

*Herbert Karl*

## VAdM—Reiseziel:

**Immer eine Reise wert: Breslau**

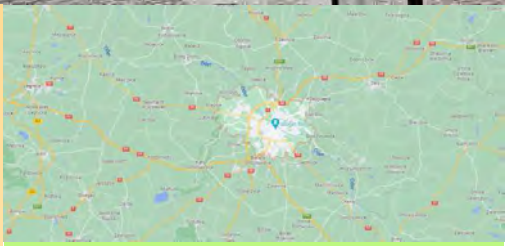
Breslau (poln. Wroclaw, schlesisch Brassel) ist die Hauptstadt der polnischen Woiwodschaft Niederschlesien) an der Oder wurde bereits um 1000 Bischofssitz. Im 13. Jahrhundert wurde die Stadt von Deutschen besiedelt, bereits 1241 beim Einfall der Mongolen niedergebrannt.

Nach dem Tod des letzten Piastenherzogs Heinrich IV. fiel Breslau 1335 mit Schlesien Gebiet an Böhmen und wurde hiermit Teil des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Nach zwei Bränden – 1342 und 1344 – wurde die Stadt wieder aufgebaut. Im Vertrag von Namslau bestätigte 1348 den Vertrag von Trentschin (1335), der dem böhmischen König, Karl IV, die Herrschaft über Schlesien bestätigte. Im Gegenzug verzichtete dieser auf seine Ansprüche auf den polnischen Thron zugunsten Kasimirs des Großen.

Als Hansestadt wurde Breslau ein Stadtstaat im böhmischen Schlesien und wurde mehrfach von Hussiten bedrängt. Bereits 1523 wurde die Reformation eingeführt und 1741 von Preußen besetzt; der Breslauer Friede ein Jahr später beendete den ersten Schlesischen Krieg. Im Siebenjährigen Krieg verteidigten die Preußen Breslau erfolgreich gegen die Österreicher.

Als Hauptstadt der preußischen Provinz Niederschlesien erlebte Breslau eine kulturelle und wirtschaftliche Blüte, bis es nach 1945 an Polen fiel.

*Quelle der obigen Bilder: Unser Mitteleuropa, 4. März 2021.*



### HOH(L)SPIEGEL:

Meine Frau und ich haben den neuen Kurier mit großem Interesse gelesen.
Schrieb uns WK aus dem Rheinland

*HK*

**Bildnachweis:**

*Alle Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.*

*Red./HK*


***Impressum***

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
**www.vadm-afd.de**

E-Mail:
**kontakt@vadm-afd.de**